



AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

Zahl: wie umstehend
(Bei Antwortschreiben bitte anführen)

SALZBURG, am 26. Aug. 1983
Postanschrift: A-5010 Salzburg, Postfach 527

Betr.: wie umstehend

Adresse der zuständigen Dienststelle:
Chiemseehof
Telefon: (06222) 41561-0*
Klappe: 2580/HR Dr. Hueber

An

1. das Amt der Burgenländischen Landesregierung
Landhaus
7000 Eisenstadt
2. das Amt der Kärntner Landesregierung
Arnulfplatz 1
9020 Klagenfurt
3. das Amt der NÖ. Landesregierung
Herrengasse 9
1014 Wien
4. das Amt der Oö. Landesregierung
Klosterstraße 7
4020 Linz
5. das Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Hofgasse
8011 Graz
6. das Amt der Tiroler Landesregierung
Maria-Theresien-Straße 43
6020 Innsbruck
7. das Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landhaus
6901 Bregenz
8. das Amt der Wiener Landesregierung
Lichtenfelsgasse 2
1082 Wien
9. die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ. Landesregierung
Schenkenstraße 4
1014 Wien
10. das Präsidium des Nationalrates
Parlament
Dr. Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

GESETZENTWURF	
Zl.	22 -GE/19-83
Datum:	5. SEP. 1983
Verteilt	1983 -09- 12 fe

Dr. Mayer

zur gefl. Kenntnis.

Für die Landesregierung:
Dr. Mayer
Landesamtsdirektor-Stellvertreter

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

An das
Bundesministerium für
soziale Verwaltung

Stubenring 1
1010 Wien

SALZBURG, am 29.8.1983
Postanschrift: A-5010 Salzburg, Postfach 527

Adresse der zuständigen Dienststelle:
Chiemseehof

Telefon: (06222) 41561-0*
Klappe: 2618/Dr. Paulus

Zahl: 0/1-145/46-1983
(Bei Antwortschreiben bitte anführen)

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Bundesgesetz über Wohnungsbeihilfen aufge-
hoben wird (Anlage 1) sowie Novellen zum
Arbeitslosenversicherungsgesetz (Anlage 2),
zu den Versorgungsgesetzen (Anlage 3) und
zu den Sozialversicherungsgesetzen (Anlagen
4 bis 6); Stellungnahme

Bzg: Do. Zl. 30.405/51-V/1/1983

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf
nimmt das Amt der Salzburger Landesregierung wie folgt Stellung:

Das vorliegende Gesetzesvorhaben sieht eine Aufhebung der Wohnungs-
beihilfe in der Höhe von monatlich 30 S vor. Gleichzeitig werden
notwendigerweise die entsprechenden Nebengesetze novelliert, so-
daß Begleitmaßnahmen für die Bezieher niedriger Einkommen getroffen
werden können. Das Amt der Salzburger Landesregierung steht diesem
Vorhaben positiv gegenüber, da die Höhe der Beihilfe im Verhältnis
zu einem durchschnittlichen Einkommen in keinerlei nennenswerter
Beziehung mehr stand.

Unzutreffend erscheint allerdings die Erklärung, daß sich für den
Bund aus dem Wegfall der Wohnungsbeihilfe Einsparungen ergeben,
da eine Umschichtung der Mittel für die Wohnungsbeihilfe zur Pen-
sionsversicherung der Unselbständigen erfolgen und damit diese
saniert werden soll. Nach h.a. Ansicht ist eine Sanierung der Pen-
sionsversicherung über eine Mittelumschichtung nur sehr kurzfristig

- 2 -

erfolgreich, eine langfristige Sanierung wäre nur über eine Änderung des bestehenden Systems zu erreichen.

Das Amt der Salzburger Landesregierung stimmt daher nur jenen Teilen des Gesetzesvorhabens zu, die die Aufhebung der Wohnungsbeihilfen betreffen, nicht jedoch jenen, die eine Umschichtung der Mittel zur Pensionsversicherung der Unselbständigen vorsehen.

Da das heutige Niveau der Wohnungskosten mehr denn je den Einsatz öffentlicher Mittel erfordert, die jedoch bei weitem nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen, könnte daher nur eine Lösung gutgeheißen werden, welche die durch die Aufhebung der Wohnungsbeihilfen freiwerdenden Mittel nicht zweckentfremdet, sondern weiterhin für Zwecke des Volkswohnungsseins bindet.

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die aus dem Land Salzburg entsendeten Mitglieder des Bundesrates, an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:

Dr. Mayer
Landesamtsdirektor-Stellvertreter